

**Gedenkanlass für Opfer fürsorgerischer Zwangsmassnahmen und
Fremdplatzierungen in Graubünden am 22. November 2017, Waldhausstall, Chur**

**Rede von Regierungsrat Dr. Jon Domenic Parolini,
Vorsteher Departement für Volkswirtschaft und Soziales Graubünden**

Es gilt das gesprochene Wort.

Stimadas dunnas, stimads signurs!
Signore e signori!
Meine Damen und Herren!

Ich sehe, dass unter den Anwesenden verschiedene Vertreterinnen und Vertreter von Behörden und Institutionen sind. Ich sehe, dass Medienschaffende und Interessierte hier sind. Es freut mich aber besonders, dass auch Betroffene von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen hier sind. Und ich weiss, dass auch Angehörige hier sind, die ebenso unter den Folgen der Zwangsmassnahmen leiden mussten.

Ganz direkt an Sie – die Opfer und Angehörigen – möchte ich heute meine Worte richten. Um Sie geht es heute an diesem Anlass. Ich erlaube mir auch diejenigen Betroffenen einzuschliessen, die nicht hier sind oder nicht hier sein können, weil das Erlebte und Erlittene bei Ihnen bis heute Spuren hinterlassen hat. Und lassen Sie uns daran denken, dass nicht wenige Betroffene nicht hier sind, weil sie bereits verstorben sind.

Heute ist ein wichtiger Tag für die Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen in Graubünden. Sie wissen, dass die Aufarbeitung dieses schwierigen Kapitels der Schweizer Geschichte erst seit 2013 vertieft angegangen wird. Die Entschuldigung von Bundesrätin Simonetta Sommaruga im Namen der Landesregierung war ein wichtiger Moment für die Betroffenen.

Vielleicht wissen Sie auch, dass sich vor vier Jahren Nationalrat Markus Ritter für den Bauernverband, Bischof Markus Büchel für die Bischofskonferenz und Regierungsrat Michel Thentz im Namen der Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren und damit für die Kantone, Städte und Gemeinden um Entschuldigung bat.

Der Kanton Graubünden hat die Bemühungen des Bundes zur Aufarbeitung stets unterstützt. Der Kanton Graubünden hat seinen Anteil an den Soforthilfefonds für Betroffene bezahlt und diesen August entschieden, auch einen freiwilligen Solidaritätsbeitrag zu leisten.

Nachdem bereits früher wichtige Studien zu den Jenischen erarbeitet wurden, begann 2014 im Auftrag des Kantons eine vertiefte wissenschaftliche Aufarbeitung der fürsorglichen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen in Graubünden. Im Mai dieses Jahres konnte Dr. Tanja Rietmann die Resultate der Arbeit der Öffentlichkeit präsentieren.

Wir wissen heute mehr. Dank Berichten, dank Studien und nicht zuletzt auch dank des grossen Engagements der Betroffenen, die immer wieder bereit sind, ihre Geschichte zu erzählen. In Schulen, in Büchern, in Vorträgen.

Wir können und möchten auch nicht die Augen vor der Tatsache verschliessen, dass auch Graubünden Teil des dunklen Kapitels der fürsorglichen Zwangsmassnahmen war. Wir wissen, dass auch in Graubünden bereits im 19. Jahrhundert und bis in die 1980-er Jahre Zwangsmassnahmen angewandt wurden. Wir wissen, dass mehrere Hundert Personen betroffen waren und müssen aufgrund der hohen Dunkelziffer annehmen, dass noch viel mehr Personen davon betroffen waren. Das Geschehene ist verjährt und viele Ungerechtigkeiten werden nicht wieder gut gemacht werden können.

Gerade weil Vieles unentdeckt bleibt, ist es mir ein Anliegen, daran zu erinnern was wir heute wissen. Aufarbeiten heisst nämlich auch erinnern und dafür sorgen, dass das Geschehene nicht in Vergessenheit gerät.

Meine Damen und Herren.

Wir befinden uns hier im Waldhausstall, der früher zur Klinik Waldhaus gehörte. Die frühere "Irrenanstalt" Waldhaus war zusammen mit der Klinik Beverin ein Ort, an den sich Opfer nicht gerne zurückerinnern. Die Nähe der Klinik Beverin zur Arbeitserziehungsanstalt Realta war für gewisse Personen nicht nur eine geographische. Viele haben Erinnerungen an beide Anstalten. Personen, deren Lebenswandel nicht den damaligen Wertvorstellungen entsprach wurden ohne Verurteilung zur "Nacherziehung", wie es damals auch hiess, administrativ versorgt. Die Arbeitserziehungsanstalt Realta befand sich zuvor in Fürstenu und war eine der schweizweit ersten Arbeitserziehungsanstalten.

Wir wissen, dass es Personen gab, die unter Druck gesetzt wurden, ihr Kind zur Adoption freizugeben, und die nur aus der Klinik entlassen wurden, wenn sie in die eigene Kastration einwilligten. Viele Betroffene haben bis heute kaum über das unerträgliche Leid geredet.

Die Fahrenden und Jenischen haben in Graubünden eine besonders leidvolle Geschichte. Das Hilfswerk für die Kinder der Landstrasse hatte zum Ziel, Kinder von Fahrenden zu sesshaften und "brauchbaren" Menschen zu erziehen. Schweizweit stammte die Hälfte der Kinder der Landstrasse aus Graubünden.

Ich möchte es nicht unterlassen, daran zu erinnern, dass eine jenische Herkunft dazu führte, dass jemand nicht die gleichen Rechte zugesprochen bekam, anders behandelt wurde und häufiger Opfer von Zwangsmassnahmen wurde. Jenische und Fahrende waren besonders häufig betroffen von Kindswegnahmen, administrativen Versorgungs- und Fremdplatzierungen.

Die Lage des Waldhausstalles hat aus einem weiteren Grund mit dem heutigen Tag zu tun. Wussten Sie, dass gleich hinter dem Waldhausstall die Waisenhausstrasse beginnt? Das Waisenhaus, das der Strasse den Namen gab, heisst heute nicht mehr Waisenhaus, sondern Therapiehaus Fürstenwald. Das Waisenhaus steht heute hier quasi stellvertretend für die schweizweit überdurchschnittlichen vielen Kinderheime in Graubünden. Die gute Bündner Bergluft hätte den Kindern Wohlbefinden und Gesundheit bringen sollen. Wir wissen heute jedoch, dass für viele Kinder der Aufenthalt in den Kinderheimen mit Gewalt, mit Missbrauch und mit Leid verbunden war.

Und es gibt noch einen dritten Grund, weshalb wir heute im Waldhausstall sind. Vor nicht langer Zeit herrschte in Teilen Graubündens, insbesondere in den entlegenen Talschaften, grosse Armut. Die Armut war ein wichtiger Auslöser dafür, dass bis weit ins 20. Jahrhundert viele Kinder fremdplatziert und verdingt wurden. Für die Kinder bedeutete dies, für keinen oder nur einen minimalen Lohn in der Fremde arbeiten zu müssen. Häufig wurden die Kinder als Arbeitskräfte auf Bauernhöfen ausgenutzt. Kinder mussten auf einem Heustock wie diesem oder im Stall bei den Tieren schlafen. Alleine, in der Kälte, in der Fremde, weg von der Familie. Dazu kam es bei einigen zu Schlägen und sexuellem Missbrauch.

Ich glaube, es ist uns heute allen klar, dass dies in der Seele eines Kindes tiefe Spuren hinterlässt. Wir müssen feststellen,

- dass es in den zahlreichen Kinderheimen zu Missbräuchen kam,
- dass Personen alleine wegen ihres Lebenswandels oder ihrer Armut in eine Anstalt versorgt wurden,
- dass auch in Graubünden Personen ohne ein richtiges Verfahren entmündigt, zwangskastriert und -sterilisiert wurden,
- dass, Eltern ihre Kinder weggenommen wurden, ohne, dass sie sich hätten rechtlich wehren können,
- dass Jenische und Fahrende besonders häufig Opfer von fürsorglichen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen wurden.

Meine Damen und Herren.

Licht in dieses dunkle Kapitel zu bringen, war uns ein Anliegen. Was wir nun klarer sehen, macht mich auch persönlich betroffen. Vielleicht sind wir versucht, das Licht

wieder auszuschalten und nicht genauer hinzusehen. Es ist aber wichtig, dass wir dies nicht tun. Es ist gerade auch für Betroffene wichtig zu erleben, dass das Geschehene nicht unter den Teppich gekehrt wird. Und uns war es wichtig, deshalb ein Zeichen zu setzen. Ein bleibendes Zeichen, das uns ins Gedächtnis rufen soll, dass das passiert ist, was nicht hätte passieren sollen.

Die Bündner Regierung hat deshalb im August eine Gruppe aus Betroffenen und Fachpersonen eingesetzt, um ein würdiges und geeignetes Zeichen der Erinnerung zu schaffen. Ich möchte mich bei den Personen und insbesondere den Betroffenen, die in der Gruppe mitgewirkt haben, herzlich bedanken.

Ein wichtiges Anliegen der Gruppe war, eine breite Öffentlichkeit über das Thema der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen zu informieren und Wissen dazu zu vermitteln. Wir möchten dazu beitragen, dass das Geschehene bekannt wird, bekannt bleibt und nicht in Vergessenheit gerät.

Dazu ist im Rätischen Museum zu Armut und fürsorgerischen Zwangsmassnahmen eine Ausstellung geplant. Damit das Thema mit Studierenden und Fachpersonen bearbeitet werden kann, werden im Rahmen dieser Ausstellung Schulungs- und Ausbildungsmaterialien erstellt.

Auf Vorschlag der Betroffenen- und Fachpersonengruppe soll neben der Wissensvermittlung als Zeichen der Erinnerung auch ein Ort der Erinnerung geschaffen werden. Ein Ort mit einem Baum und einem Brunnen, ein Ort, wo Kinder spielen können. Ein Ort, wo Begegnungen und vielleicht sogar ein Austausch möglich sein soll. Mich freut es, dass wir heute mit der Pflanzung eines Baumes den Grundstein für diesen Ort legen können.

Das Zeichen der Erinnerung soll nicht nur an die fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen in Graubünden, sondern auch an den heutigen Anlass erinnern.

Meine Damen und Herren.

Erinnern bedeutet immer auch nicht vergessen. Viele Betroffene versuchen bereits ihr ganzes Leben das Geschehene zu vergessen. Die Erinnerungen an die Missbräuche, an die Momente der Einsamkeit, an die Momente des Unrechts sind sehr schwer zu ertragen. Der Wunsch zu vergessen ist mehr als verständlich.

Für einzelne Betroffene ist Vergessen ein Weg der Bewältigung. Die Aufgabe der Gesellschaft als Ganzes ist es jedoch, nicht zu vergessen. Denn nur wenn wir mithilfe von Zeichen der Erinnerung nicht vergessen, haben wir die Möglichkeit zu schauen, dass sich das Geschehene nicht wiederholt, dass es nicht wieder passiert. Aus der

Geschichte zu lernen. Auch darum geht es in der Aufarbeitung der Vergangenheit. Auch darum geht es heute.

Das Wichtigste nun aber zum Schluss: Der eigentliche Grund für diesen Anlass:

Uns sollte jetzt klar sein, dass auch hier, ganz in der Nähe, auch hier, in unserem Kanton, Dinge passiert sind, die nicht hätten passieren sollen. Die Landesregierung und die Vertreter der Kantone haben sich bei den Opfern entschuldigt.

Die Bündner Regierung möchte sich mit den folgenden Worten anschliessen; und diese auch ganz besonders an Mitmenschen richten, die in Graubünden, durch Bündner Behörden und Institutionen Leid erlitten haben.

Ich werde die Worte der Regierung in den drei Kantonssprachen sagen. Für den ganzen Kanton; und weil alle Betroffenen angesprochen sind. Und auch dreifach, weil etwas Wichtiges auch dreimal gesagt werden kann:

Il Governo del Cantone dei Grigioni riconosce le ingiustizie che le vittime di misure coercitive a scopo assistenziale e di collocamenti extrafamiliari hanno dovuto subire. A nome del Governo Vi chiedo scusa per le sofferenze che avete dovuto sopportare.

La regenza dal chantun Grischun renconuscha l'ingiustia ch'è vegnida commessa envers las victimas da mesiras repressivas per motivs da provediment e da plazzaments en lieus esters. En num da la regenza supplitgesch jau Vus da perstgisar las suffrientschas che Vus avais stuì supportar.

Die Bündner Regierung anerkennt, dass Opfern fürsorglicher Zwangsmassnahmen Unrecht angetan wurde. Im Namen der Regierung bitte ich Sie für das Leid, dass Sie erdulden mussten, um Entschuldigung.

Ich danke Ihnen.